

# Meinungen

Kommentar

## Eine gute Fehlerkultur muss geschützt werden

Weil das Bundesgericht der Justiz den Zugriff auf interne Fehlermeldesysteme erlaubt hat, sind mehrere Spitäler verunsichert. Zu Recht.

Vertraulichkeit ist eine Voraussetzung für das Fehlermeldesystem in Schweizer Spitälern. Denn Mitarbeiter sollen im Critical Incident Reporting System – kurz CIRS – freiwillig Fehler beschreiben, die ihnen unterlaufen sind. Dabei geht es auch um Fälle, die für Patienten um ein Haar gravierende Folgen gehabt hätten. Je mehr erfasst wird, desto besser können Patienten in allen Schweizer Spitälern vor Schaden bewahrt werden.

Weil das Bundesgericht der Justiz den Zugriff auf das CIRS erlaubt hat, sind mehrere Spitäler verunsichert. Zu Recht. Denn es ist unklar, was findige

**Wenn Anwälte das CIRS für ihre Anliegen entdecken, leidet ein System, das wesentlich zur Patientensicherheit beiträgt.**

Anwälte in Haftpflichtfällen mit CIRS-Daten alles anstellen können. Die Vorgabe lautet zwar klar, dass nur Ereignisse ohne Schäden erfasst werden. Doch die Abgrenzung ist schwierig. So kann eine CIRS-Meldung unter Umständen mit einer Komplikation verknüpft werden, zu der es nach Heilung und Spitalentlassung gekommen ist.

Einige Spitäler machen sich Sorgen. Andere sehen in den Bundesgerichts-urteilen kein Problem. So auch die CIRS-Verantwortlichen des Unispitals Zürich. Bemerkenswert ist allerdings, dass die Herzchirurgie-Chefs

im gleichen Spital wegen der Rechtsunsicherheit ein CIRS-System vorläufig sistiert haben. Co-Leiter Michele Genoni will zuerst bei der Kantonsregierung darauf hinwirken, dass die Angaben im CIRS in Rechtsverfahren nicht verwendet werden dürfen.

In der Praxis gehen Spitäler unterschiedlich vor. Manche haben auch heikle Grenzfälle erfasst. Aufgrund der neuen Rechtsunsicherheit werden sie in Zukunft restriktiver vorgehen und nur noch unverfängliche Fälle erfassen. Das dürfte zu einem Rückgang der Meldungen führen. Um das zu vermeiden, wäre ein gesetzlicher

Schutz dieses Meldesystems sinnvoll. Andere europäische Länder kennen dies, die Schweiz nicht. Für Haftpflichtfälle gibt es andere Dokumente wie die Krankengeschichte, in der Komplikationen erfasst werden müssen. Wenn Anwälte das CIRS für ihre Anliegen entdecken, leidet ein System, das wesentlich zur Patientensicherheit beiträgt. Das wäre bedauerlich.



Bernhard Kislig  
Redaktor

## Ein Lösungsversuch, der Unterstützung verdient

Die Kritik am UNO-Migrationspakt ist stark übertrieben, trotz Mängeln überwiegen die Vorteile klar. Die Schweiz sollte die Vereinbarung der Staatengemeinschaft unterzeichnen.

Daniel Foppa

1987 Menschen sind laut Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR seit Anfang Jahr beim Versuch ertrunken, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Seit 2014 haben 17 531 Migranten so ihr Leben verloren. Die Zahlen sind eine Schande für den Alten Kontinent. Gerade wer sich auf das christlich-abendländische Erbe Europas beruft, kann dieses Massensterben nicht als gegeben hinnehmen. Sondern muss Lösungen suchen jenseits einer naiven Willkommenskultur, die von unbegrenzten Aufnahmekapazitäten ausgeht, und jenseits einer fatalen Stimmungsmache gegen Migranten.

Der UNO-Migrationspakt ist ein solcher Lösungsversuch. Die vom Schweizer Botschafter Jürg Lauber mitverfasste Vereinbarung ist getragen von der Idee, dass die Flüchtlingsfrage von keinem Staat allein bewältigt werden kann. Das setzt am richtigen Ort an. Denn die mangelnde Kooperation in Europa hat die Flüchtlingskrise verschlimmert. So scheiterte der Versuch, die Flüchtlinge innerhalb der EU gerecht zu verteilen, kolossal. Das führte in einem grosszügigen Land wie Deutschland zu einer Regierungskrise, während es in einem überforderten Land wie Italien fremdenfeindliche Hetzer in die Regierung spülte.

Aus Schweizer Sicht ist es jedenfalls zu begrüssen, wenn Migrationsfragen international koordiniert werden. Unser Land profitiert als Binnenstaat vom Dublin-Vertrag zum Asylwesen. Und es ist richtig, dass sich auch die Schweiz an der Umverteilung von Flüchtlingen beteiligt, um Staaten wie Griechenland oder Italien zu entlasten.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Flüchtlingsfragen scheint hierzulande mehrheitlich akzeptiert. Das im Pakt betonte Bekenntnis zum «souveränen Recht der Staaten, ihre Migrationspolitik selbst zu bestimmen», ohnehin. Fragt sich, wie die völkerrechtlich nicht bindende Vereinbarung trotzdem so in die Kritik geraten konnte. Viel ist dem unglücklichen Vorgehen des Bundesrats und vor allem einer negativen Dynamik auf dünner Faktenbasis geschuldet. So hat es die Regierung unterlassen, das Parlament umfassend über den Pakt zu informieren. Lediglich im Rahmen der Berichte zur Migrationsaussenpolitik war nebst anderem auch davon die Rede.



Ein syrischer Flüchtling in einem Zelt des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Foto: Ali Jarekji (Reuters)

Ein funktionierendes Frühwarnsystem im Aussendepartement hätte den politischen Widerstand antizipiert. Es hätte dem Bundesrat geraten, das Parlament stärker einzubeziehen und den Pakt nur mit der Zustimmung der Räte zu unterzeichnen. Erschwerend wirkt, dass die Arbeiten an der Vereinbarung unter Didier Burkhalter begannen, dem innenpolitische Befindlichkeiten zumeist egal waren, und nun Ignazio Cassis zuständig ist, der die Vereinbarung weit kritischer sieht.

Inhaltlich ist die Kritik am Pakt jedoch stark übertrieben: Die 23 Ziele entsprechen den Grundsätzen der Schweizer Migrationspolitik. Die einzige Ausnahme ist, dass Minderjährige hier in Ausschaffungshaft genommen werden können. Lohnt sich wegen dieser fragwürdigen Schweizer Besonderheit Fundamentalopposition? Wohl kaum.

Die grossen Ziele jedenfalls, etwa die Rettung von Menschenleben, der Kampf gegen Schlepper oder ein koordiniertes Grenzmanagement, sind selbstredend unterstützungswürdig. Dabei nimmt der Pakt auch die Herkunfts- und Transitländer in die

Pflicht: Er fordert sie auf, Fluchtursachen zu mindern, die illegale Migration zu bekämpfen und an der Erarbeitung von Rückübernahmeabkommen mitzuwirken. Die Migranten selbst werden zur «Achtung der Gebräuche des Ziellandes» aufgefordert. Und beim viel kritisierten Ziel, die reguläre Migration zu verbessern, heisst es mehrfach, dies habe «im Einklang mit den nationalen Prioritäten und der Arbeitsmarktnachfrage» zu erfolgen. Es geht also nicht um neue Migrationsanreize, sondern um eine Verbesserung der oft prekären Situation von Arbeitsmigranten.

Vorwerfen kann man dem Pakt, dass er gewisse Aspekte ausblendet – etwa die Probleme, die Migration in den Aufnahmeländern bewirken kann. Naiv erscheint zudem das Bestreben, die Ungleichheit «so weit wie möglich zu verringern». Und auch den Abschnitt zu den Medien hätten die Verfasser besser weggelassen. Demnach sei unter voller Achtung der Medienfreiheit eine «unabhängige, objektive und hochwertige» Berichterstattung über Migration zu fördern. Zudem sollten Medien, die systema-

tisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schüren, keine öffentliche Finanzierung erhalten. Die Ausführungen zur Medienförderung sind unangebracht, da sie auf eine Beeinflussung der Berichterstattung abzielen. Und der Abschnitt zum Entzug der Finanzierung ist obsolet, da ein solches Verhalten bereits heute strafrechtlich verfolgt wird.

Der Pakt hat Mängel, doch unter dem Strich spricht nichts dagegen, ihn zu unterzeichnen. Mit einem Abseitsstehen zöge die Schweiz mit Ländern wie den USA, Ungarn oder Österreich gleich, wo Kanzler Sebastian Kurz unter Druck der rechtspopulistischen Koalitionspartnerin FPÖ agiert.

Es ist nicht blauäugig, sich der Negativspirale eines migrationspolitischen Wettlaufs nach unten zu entziehen und stattdessen bei der Suche nach einer Lösung für ein globales Problem mitzuwirken. Die Schweiz ist nicht nur das Land, in dem internationale Vereinbarungen erst einmal kritisch hinterfragt werden. Sondern vor allem auch das Land, in dem Henry Dunant das Rote Kreuz gegründet hat.

## Viel Arbeit für die neue SRF-Chefin

Claudia Blumer

Verwaltungsrat und Regionalvorstand der SRG haben am Montag Nathalie Wappler zur Direktorin des Schweizer Radios und Fernsehens gekürt. Auf sie warten mehrere Baustellen:

**Sparmassnahmen:** Die SRG wird jährlich 100 Millionen Franken sparen, auch, weil der Bundesrat die Gebühren auf 1,2 Milliarden pro Jahr plafoniert. SRF und das Produktionszentrum TPC müssen 20 Millionen Franken sparen. 250 Vollzeitstellen werden gestrichen, auch Entlassungen wird es geben. Derzeit konsultiert die SRG Sozialpartner und Mitarbeitende, umgesetzt wird das Sparprogramm ab 2019, während einer vierjährigen Übergangsfrist.

**Studio-Entscheid:** Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der SRG wollen einen grossen Teil des Radiostudios in Bern mit 170 Mitarbeitenden nach Zürich verlegen. Die SRG erhofft sich davon unter anderem einen Spareffekt von 5 Millionen Franken. Kritiker bezweifeln, dass die SRG mit diesem Umzug sparen kann. Politiker von links bis rechts hatten sich gegen die Verlegung ausgesprochen – und sie machen nun Druck im Parlament. Mehrere Parteipräsidenten fordern, dass der Radiostandort Bern gesetzlich verankert werden soll. Wenn diese Forderung durchkommt, muss die SRG von ihrem Entscheid abrücken.

**Politische Auseinandersetzungen:** Das Volk hat die No-Billag-Initiative abgelehnt, aber der politische Druck auf die SRG bleibt hoch. Hängig ist eine Motion des Lega-Nationalrats Lorenzo Quadri, der verlangt, der SRG «einen zu definierenden Teil der Gebühren» zu entziehen und der Presse zuzusprechen. SVP-Nationalrat Gregor Rutz will die Unternehmensabgabe streichen, die der SRG jährlich 170 Millionen Franken einbringt. Die grüne Fraktion will die SRG-Werbung reduzieren. Es soll beispielsweise keine Unterbrecherwerbung mehr geben.

Daneben wird Nathalie Wappler die Konzentration von SRF Kultur im Frühling 2019 in Basel umsetzen müssen. 330 Mitarbeitende werden künftig im Meret-Oppenheim-Hochhaus arbeiten, heute ist ein Drittel von ihnen in Zürich. Ende 2019 geht der neue Newsroom in Leutschenbach live, das wird eine logistische Grossübung. Daran, wie die neue Chefin die vielen Herausforderungen meistert, wird sie gemessen werden, und das schon bald.